Ärger in der Engelsruhe

13.03.2015
Von Robin Göckes
Aus Ärger über die Stadt und die ABG hat sich der Vorstand des Nachbarschaftsvereins Unterliederbach aus seiner ehrenamtlichen Arbeit zurück gezogen. Die Nachverdichtung in der Siedlung Engelsruhe erhitzt die Gemüter.

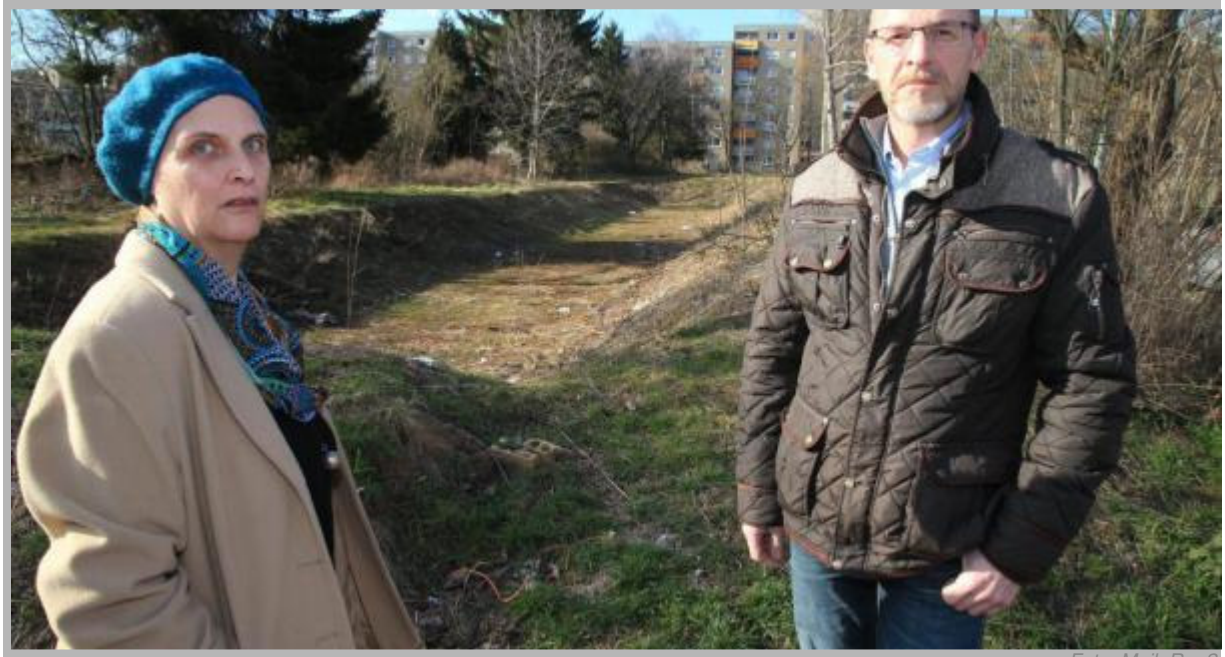

Foto: Maik Reuß

Friedrun Hegazi und Oliver Göbel haben lange für die Entwicklung der Engelsruhe gekämpft und fühlen sich nun übergangen. Fotos: Maik Reuß

Im Mai 2013 unterhielten sich Planungsdezernent Olaf Cunitz (links) und Oliver Göbel noch über die Pläne für die Engelsruhe.
Unterliederbach.

Drastisch fällt die Reaktion der Nachbarn in der Siedlung Engelsruhe auf die Nachverdichtung ihres Quartiers durch die ABG Frankfurt Holding aus. Der fünfköpfige Vorstand des dortigen Nachbarschaftsvereins hat sich aus Protest gegen den Bau eines dreigeschossigen Wohnblocks bei der jüngsten Mitgliederversammlung nicht mehr zur Wahl gestellt. „Wir fürchten um die erreichten Erfolge im Quartier und sehen uns außerstande, unter den gegebenen Umständen unsere Arbeit in der Engelsruhe fortzusetzen“, heißt es in der Erklärung des bisherigen Vorsitzenden, Oliver Göbel, dazu.

Veränderte Planung

Der Streit schwelt bereits seit Längerem, nun ist er eskaliert. Zahlreiche Aspekte der Neuordnung der Engelsruhe, wie sie mit den Bewohnern in den vergangenen Jahren abgesprochen waren, wurden bereits von der Stadt verändert. „Geplant war ein Nachbarschaftshaus, geplant waren Gewerbeflächen. Das wurde irgendwann alles gestrichen und wir haben es akzeptiert, da wir das größere Ziel einer besseren Durchmischung der Engelsruhe vor Augen hatten“, erklärt Göbel. Mit der jüngsten Änderung, nach der statt 14 Reihenhäusern in Erbpacht ein dreigeschossiger Wohnblock am Markomannenweg entstehen soll, konnten sich die Nachbarn aber nicht mehr abfinden.

„Wir finden, wenn die Verantwortlichen beim Stadtplanungsamt und der ABG Holding sich nicht mehr an getroffene Vereinbarungen und die gemachten Versprechungen gebunden fühlen, kann nicht erwartet werden, dass die Ehrenamtlichen weiter arbeiten, als sei alles in bester Ordnung“, sagt Göbel. Ehrenamtliche Arbeit könne nur dann geleistet werden, wenn auch eine entsprechende Wertschätzung spürbar sei.

Ursprünglich sei geplant gewesen, am Markomannenweg rund 7800 Quadratmeter neue Wohnfläche zu errichten. Inzwischen seien daraus mehr als 21 000 Quadratmeter geworden. „Das muss ein Stadtteil erst einmal verkraften“, sagt Göbel. Mit den Einfamilienhäusern, so die Argumentation der Nachbarn, hätten Bewohner der Siedlung dauerhaft im Stadtteil gehalten werden können. „Das wäre ein Beitrag zur weiteren Stabilisierung der Engelsruhe gewesen.“ Die neuen Pläne jedoch seien ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich „über Jahre in unserem Stadtteil für die Engelsruhe eingesetzt haben“.

Der Nachbarschaftsverein arbeitete mehrere Jahre daran, die soziale Schieflage, in der sich die Engelsruhe befunden hatte, auszugleichen. Viele Mitglieder des Vereins engagierten sich auch im Beirat des Projekts „Soziale Stadt“ und fungierten so als Bindeglied zwischen Stadt, Projektentwicklern und Bürgern. Bei dem Projekt, welches Ende des Jahres 2012 in das Frankfurter Programm „Aktive Nachbarschaft“ überführt wurde, ging es darum, durch städtebauliche Maßnahmen eine bessere soziale Durchmischung des Quartiers zu erreichen. Dieses Ziel sieht der bisherige Vorstand des Nachbarschaftsvereins nun in Gefahr.

„ Ein wichtiges Organ“

Im Stadtplanungsamt bedauert man die Entwicklung im Nachbarschaftsverein. „Der ist ein wichtiges Organ und wir haben ihn immer ernstgenommen. Es ist schade, dass der bisherige Vorstand sich nicht mehr zur Wahl stellen will, auch weil Kontinuität bei solchen Projekten natürlich sehr wichtig ist“, sagt Mark Gellert, Sprecher von Planungsdezernent Olaf Cunitz (Grüne). Dass die Meinungen darüber, welche Bebauung am Markomannenweg die richtige ist, auseinandergehen, sei auch im Dezernat bekannt. „Das Thema gibt es ja schon länger und wir waren ja auch in Gesprächen“, sagt Gellert. Im Dezernat sei man allerdings davon überzeugt, dass die geplante dreigeschossige Bebauung für das Quartier sozial verträglich ist.

Von der ABG war gestern niemand für eine Stellungnahme erreichbar. In der Vergangenheit wurde die Änderung der geplanten Bebauung seitens der ABG jedoch mit wirtschaftlichen Erwägungen begründet.